

A N F R A G E von Hansruedi Schmid (SP, Richterswil) und Dr. Anna Maria Riedi (SP, Zürich)

betreffend Rechtsextremismus im Kanton Zürich

Rechtsextremistische Umtriebe, wie sie in letzter Zeit leider gehäuft auftreten, stellen in den Augen vieler Bewohnerinnen und Bewohner in Dörfern und Städten eine Bedrohung dar. International, national und auch kantonale Massnahmen diskutiert und vorgeschlagen – schnelle Erfolge sind kaum zu erwarten. Doch die Behörden in unserem Kanton sind von rechtsextremistischen Umtrieben in vielerlei Hinsicht betroffen. Deshalb fragen wir den Regierungsrat an:

1. Wie schätzt der Regierungsrat den Rechtsradikalismus im Kanton Zürich ein?
2. Wie sieht die Polizei ihre rechtlichen Mittel im Zusammenhang mit Drohungen und Gewalt gegen Personen auf öffentlichem Grund?
3. Gedenkt der Regierungsrat kantonale Fachpersonen zur Beratung von Schulen, Eltern und Betroffenen einzusetzen?
4. Rechtsradikale Zusammenkünfte finden vermehrt als geschlossene Veranstaltungen statt. Die Bevölkerung in der Nachbarschaft solcher Treffpunkte fühlt sich dadurch trotzdem bedroht. Wie gedenkt der Regierungsrat die Gemeinden in diesen Fällen zu unterstützen?
5. Gedenkt der Regierungsrat die tieferen Ursachen des zunehmenden Rechtsradikalismus insbesondere bei Jugendlichen zu ergründen?

Hansruedi Schmid
Dr. Anna Maria Riedi